

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

**Kurz kommentiert: Agrarmarkt - Arabische Liga - Krupp-  
Iran - Assoziierungsverhandlungen - Kooperation**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Kurz kommentiert: Agrarmarkt - Arabische Liga - Krupp-Iran - Assoziierungsverhandlungen - Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 8, pp. 387-388

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134713>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## *Agrarmarkt*

### **Rinder- oder Butterberg?**

Am 16.7.1974 beschloß der Agrar-Ministerrat der EG nach langer Diskussion einen vorläufigen Einfuhrstopp für Rindfleisch aus Drittländern. Damit ist das häufig genug kritisierte EG-Agrarsystem um eine Diskriminierung reicher. Anlaß dieser schwerwiegenden handelspolitischen Maßnahme ist das starke Überangebot auf dem europäischen Fleischmarkt, das in seinen Auswirkungen einerseits Bauernproteste und andererseits durch Interventionskäufe der EG überquellende Kühlhäuser hervorrief.

Ob diese Aktion „Schotten dicht“, die von flankierenden Maßnahmen (Sozialfleisch, Abschlacht-Verhinderungsprämien, Exportförderung) begleitet wird, auch nur kurzfristige Erfolge beschert wird – nämlich Markträumung und Angleichung der Erzeugerpreise an die EG-Orientierungspreise –, bleibt zweifelhaft. Das Absatzdilemma wird durch die scherenförmige Entwicklung von Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen verstärkt, außerdem ist ein zunehmendes Preisbewußtsein der Fleischkonsumenten spürbar. Nicht betroffen von der Anwendung der Importschutzklausel sind ferner die im GATT zugesicherten Einfuhrkontingente.

Mittel- bis langfristig können die Maßnahmen der europäischen Fleischpolitik sogar zu einer erneuten Mangellage, wie sie noch vor zwei Jahren bestand, führen. Sinkende Erzeugerpreise, Abschlacht-Verhinderungsprämien und einige nationale (besonders französische) Stützungsmaßnahmen fördern nämlich die Rückwendung der enttäuschten Bauern zur immer noch ertragreicheren Milchwirtschaft. Die EG könnte bald wieder auf die Fleischlieferungen aus Jugoslawien, Österreich und den südamerikanischen Staaten angewiesen sein, denen die Tür zum europäischen Markt vor der Nase zugeschlagen wurde. Innerhalb der Gemeinschaft verlagert sich das Überschußproblem nur: vom Rinder- zum Butterberg. le

## *Arabische Liga*

### **Start zum Dialog**

In Paris hat am 31. Juli das erste Treffen der seit mehr als einem halben Jahr geplanten Gesprächsrunde zwischen Vertretern der EG und der Arabischen Liga begonnen, die auf einen ursprünglich bereits auf der Kopenhagener EG-Gipfelkonferenz vom Dezember 1973 gefaßten Beschluß zurückgeht. Zweck dieses Treffens soll eine Einigung über den weiteren Ablauf des europäisch-arabischen Dialogs sein. Vermutlich wird man sich auf die Bildung einer Kommission einigen, die bereits im September ihre Arbeiten über eine Grundsatzklärung aufnehmen soll. Darüber hinaus wird man über die Einsetzung von Arbeitsgruppen sprechen, die sich mit Fragen der industriellen Kooperation, der Landwirtschaft, der Verkehrsverbindungen, der Investitionen, der Forschung, der Ausbildung von Fachkräften und der kulturellen Beziehungen befassen. Von einer Behandlung des Ölversorgungsthemas ist bisher offiziell nicht die Rede. Es dürfte aber klar sein, daß dieses zentrale Thema aufgrund der EG-Interessenlage früher oder später in die Gespräche einbezogen werden muß.

Die Erfolgsaussichten des europäisch-arabischen Dialogs stehen und fallen mit der Bereitschaft der Förderstaaten, über eine gesicherte Rohölversorgung zu vernünftigen Preisen – die weit unter den gegenwärtigen liegen – zu sprechen. Im Gegenzug muß die EG zwangsläufig bereit sein, ihrerseits Abnahmegarantien für Exportprodukte der mit ihrer Hilfe in den arabischen Staaten erstellten Industrien anzubieten – auch wenn dieses auf den Märkten der Neunergemeinschaft zu Schwierigkeiten führt. Allerdings ist zu befürchten, daß sich die EG-Staaten untereinander nur schwer über derartige Abnahmegarantien einigen werden. Vermutlich wird es gerade den Zahlungsbilanzpolitisch am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten – die am ehesten an einem erfolgreichen europäisch-arabischen Dialog interessiert sein sollten – an Einsicht zur Markttöfung mangeln.

hh

## *Krupp-Iran*

### **Ei des Kolumbus?**

Nur die Bildzeitung zeigte sich alarmiert: „Die Perser kaufen Krupp!“ Die übrige „Fach“-Presse feierte dagegen die der Meldung zugrundeliegende 25%-Schachtelbeteiligung als das „Ei des Kolumbus“, als einen Weg, gleichzeitig mehrere Probleme zu lösen: In der Verbindung von Technologie und Kapital seien neue Formen der internationalen Arbeitsteilung gefunden worden, zum ersten Mal entstünde ein wirklicher industrieller Verbund zwischen einem Industrie- und einem Entwicklungsland, gleichzeitig zeichne sich eine Lösung des Problems des „Recycling“ der währungspolitisch brisanten Ölmilliarden in den Wirtschaftskreislauf der Industrieländer ab.

Ansätze zur Lösung der entwicklungs- und währungspolitischen Probleme zeigt diese Transak-

tion in der Tat, eine umfassende Lösungsmöglichkeit tut sich jedoch wohl kaum auf. Die großangelegte Kooperation muß sich angesichts der immerhin vorstellbaren Interessengegensätze zwischen den beiden sehr verschiedenen Partnern in der Praxis erst noch bewähren. Das Schicksal vieler sogenannter „joint ventures“ stimmt nicht gerade optimistisch. Zur Lösung der währungspolitischen Probleme bieten derartige Transaktionen zwar die besten Voraussetzungen: die Mittel bilden – da langfristig gebunden – keinen Störfaktor mehr, und die zahlungsbilanzmäßigen „pay-off“-Perioden solcher Investitionen sind relativ lang, da nur die vergleichsweise geringen Ausschüttungen im Investorland zurücktransferiert werden. Solche Operationen können jedoch vom Volumen her nur einen sehr begrenzten Beitrag zum Retransfer der Ölüberschüsse leisten, denn die Beteiligungsmöglichkeiten sind im Vergleich zu den anlagesuchenden Mitteln gering. So beträgt der Börsenwert sämtlicher deutscher Aktien ca. 50 bis 60 Mrd. \$ – ein Wert, der in etwa gerade einem Jahresüberschuß der ölexportierenden Länder entspricht. pg

#### *Assoziierungsverhandlungen*

### **Verheißungsvoller Auftakt**

Am 25. und 26. Juli tagten in Kingston, der Hauptstadt Jamaikas, Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und von 44 Assoziierten oder zur Assoziation eingeladenen Entwicklungsländern aus Afrika, dem karibischen und pazifischen Raum (AKP-Länder). Die Politiker und Experten mußten bei diesem Treffen Schritte für die Erneuerung und die Erweiterung der handels- und entwicklungspolitischen Bindungen zwischen der EG und diesen Ländern der Dritten Welt einleiten, weil Ende Januar 1975 der Assoziationsvertrag von Jaunde für 19 durchweg frankophone Staaten ausläuft. Eine Verlängerung dieses Abkommens in seiner bisherigen Form war u. a. bereits durch die Assoziierungsforderung anglophoner Länder, vor allem in Asien, in Zusammenhang mit dem Beitritt Großbritanniens zur EG unwahrscheinlich geworden. Zudem hatten viele der geladenen Vertreter der AKP-Staaten bereits Forderungen angemeldet, die über den Inhalt der geltenden Assoziierungsabkommen hinausgingen.

Die EG erklärte sich in Kingston bereit, einen Fonds von 250 bis 300 Mill. Rechnungseinheiten bereitzustellen, der zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Länder bei bestimmten preisempfindlichen Agrarprodukten eingesetzt werden soll. Weitaus wichtiger scheint aber der Beschluß, daß in Zukunft die handelspolitische Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten verbessert und damit langfristig die Folgen der weltwirt-

schaftlichen Ungleichgewichte und des Preisverfalls beseitigt werden sollen. Diese Einigung ist insofern bemerkenswert, als in den EG-Mitgliedstaaten die Lösung binnenwirtschaftlicher Probleme Vorrang genießt und das politische Interesse vor allem dem eigenen Wachstum nach der Energiekrise gilt. Insofern hat die Konferenz von Kingston Ergebnisse gebracht, die den Willen zur Zusammenarbeit erkennen lassen. Jetzt liegt es an den Politikern, konkrete Formen der handelspolitischen Zusammenarbeit zu entwickeln und durchzusetzen. mk

#### *Kooperation*

### **Beteiligung in Ungarn**

Obwohl zwischen ungarischen und deutschen Unternehmen bis heute etwa 150 Kooperationsverträge bestehen, verdient der im Juli zwischen der Siemens AG, Berlin/München, und der Intercooperation AG für Handelsförderung, Budapest, geschlossene Kooperationsvertrag besondere Beachtung. Erstmals werden auch in der deutsch-ungarischen Kooperation die grundsätzlich bereits seit 1971 bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten der Einlage ausländischen Kapitals in ungarische Unternehmen (bis zu 49% des Unternehmenskapitals) genutzt.

Dieser Vertrag dürfte dem ungarischen Interesse an der intersystemaren Kooperation besonders entgegenkommen, da es sich um eine Zusammenarbeit in dem wachstumsrelevanten Bereich der Elektrotechnik handelt. Zudem könnte Siemens im Rahmen einer Kapitalbeteiligung eher bereit sein, langfristig höherwertige Technologie abzugeben als sie dieses im Rahmen weniger intensiver Kooperationsformen zu tun bereit wäre, da hier die Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf die Geschäftspolitik des Unternehmens erhöht wird.

Allerdings ist dieser erste deutsch-ungarische Joint-Venture-Vertrag wohl kaum als Beginn einer intensiven Entwicklung deutscher Direktinvestitionen in Ungarn zu werten. Zum einen dürften derartige Projekte für den deutschen Partner nämlich weniger als Kapitalanlage bedeutungsvoll sein als zur Schaffung günstiger Absatzmöglichkeiten; und dieses Ziel läßt sich auch im Rahmen anderer Formen der Kooperation verwirklichen. Zum anderen ist es symptomatisch, daß das erste gemeinsame deutsch-ungarische Unternehmen allein Dienstleistungs- und Informationsfunktionen hat, nicht aber die Aufgaben eines Produktionsbetriebes wahrnimmt. Da Kapitalbeteiligungen im Produktionsbereich nur bei „außergewöhnlich starkem Interesse“ seitens der Ungarn genehmigt werden, wird der Anwendungsbereich für Joint-Ventures naturgemäß stark eingengt. pp